

Wolffsche



1784

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Wolffsche Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint täglich: „Unterhaltungsblatt“, Finanz- und Handelsblatt.“ Sonntags die illustrierte Beilage „Zeitsbilder“ und „Literarische Umschau“ — Mittwoch „Für Reise und Wanderung“ — Donnerstag „Recht und Leben“

Wöchentlich 1.— Mark, monatlich 4.80 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Anfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark, am Zeilen 90 Pfennig, Familien-Anzeigen am Zeile 18 Pfennig. Keine Verbrieflichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag: Ditlevsen, Oberbaurat, Georg Bernhardt, Verantw. Redakteur (im Amt d. Handelsblatt): Carl Misch, Berlin, Uebel.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Verantwortl. Redakteur: Ullstein, Amt Dönhofs 3600-3605, für den Verleger: Amt Dönhofs 3600-3608. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postfachkonto Berlin 696

Deutschland, Polen, Frankreich

Von der schlechenden Reaktion

Unfreundliche Pariser Kommentare

Nachrichtendienst der „Wolffschen Zeitung“

14. Februar

Daß in dem Konflikt zwischen Deutschland und Polen die französische Presse, ohne sich auch nur die Mühe zu nehmen, seine Gründe einer objektiven Ausdeutung zu unterziehen, sich auf die Seite Polens schlagen würde, war vorzusehen.

Die polnische Propaganda, die seit Soch und Tag die französischen Blätter mit Lendungen über die deutsch-polnischen Beziehungen überflutet, hatte sehr gefähigt vorgebeut und das Terrain so gründlich vorbereitet, daß es für die öffentliche Meinung in Frankreich auch nicht einen Augenblick zweifelhaft sein konnte, daß bei dem Ausbruch der Handelsvertragsverhandlungen alle Intrachen auf beiden, alle Necht auf polnischer Seite liegen müßte.

Ueberraschend ist trotzdem nicht nur die Verhöhnungsfähigkeit und Verleumdungsmacht, mit der man sich hier alle politischen Beschuldigungen und Verleumdungen unterziehen zu lassen macht, sondern vor allem auch die wenig vornehme Art, mit der man hier aus dem Zwischenfall Kapital gegen Deutschland zu schlagen verucht.

Die gesamte französische Presse ist sich darüber einig, daß der Zwischenfall die logische Folge des Eintritts der Deutschfranzosen in die Regierung sei, die lediglich nach einem Vorwand gesucht hätten, um die Beziehungen zwischen Berlin und Warschau zu versäulen. Gleichzeitig wird verucht, die deutsch-polnischen Zwischenfall mit den Schwierigkeiten der für die Verwirklichung des deutsch-französischen Wirtschaftsporziums ergeben haben, in Zusammenhang zu bringen. Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit? Als im Sommer des vergangenen Jahres sich der Wunsch eines definitiven Handelsvertrages als unmöglich erwies, und zwar infolge von Hindernissen, die ausschließlich auf französischer Seite lagen, hat die deutsche Regierung sich zum Abschluß eines provisorischen Wirtschaftsvertrages bereits erklärt, unter der Voraussetzung, daß bis zu seinem Abschluß der endgültige Vertrag

unter Soch und Soch gebracht sein würde. Auch bei der Ratifizationsdebatte im Reichstage wurde dies ausdrücklich festgelegt. Mehrere Parteien haben ihre Zustimmung zu dem Abkommen erst auf Grund einer von der Regierung gemachten Forderung gegeben, daß eine Verlängerung des Provisoriums nicht gebührt sei. Die Wiederaufnahme der für Anfang Januar in Aussicht genommenen Verhandlungen über einen definitiven Vertrag hat sich wiederum infolge französischer Schuld als unmöglich erwiesen, da Frankreich die bereits für den Soch zugestimmte definitive Forderung seines Zolltarifs abgemahnt, hinausgeschoben hatte in Anbetracht der technischen Schwierigkeiten, denen die französische Regierung auf diesem Gebiete begegnet war.

Trotz ihres offiziell ablehnenden Standpunktes hatte die deutsche Regierung sich zu einer Verlängerung des Provisoriums auf die Dauer von drei Monaten bereit erklärt.

Seit dessen verlangt nun die französische Regierung eine eingehende Revision des Provisoriums zugunsten Frankreichs, die Forderung der Reichsfinanzkommission für französische Weine und Spirituosen. Die Erfüllung dieser Forderung ist Frankreich bereits im Sommer von der deutschen Delegation für den definitiven Vertrag ausgedrückt worden.

Wäre Deutschland je jetzt schon gewöhnt, dann würde es ohne jede Gegenleistung den wertvollen Trumpf aus der Soch geben, über den es in den letzten Verhandlungen verfügt. Auf die Verlängerung des gegenwärtigen Abkommens oder daß Frankreich zum mindesten ein etwas reicheres Interesse an dem Provisorium, zumal da dies noch nicht einmal 20 v. S. der Waren des deutschen Exportinteresses umfacht.

Verhandlungskrise auch in Paris

Am schließlichen Ende sind neue Berichte über die während der letzten Tage in Paris geführten Handelsvertragsverhandlungen eingegangen. Eine Unterbrechung in dem Vertragsverhältnis zwischen Deutschland und Frankreich ereignete sich unversehens am 21. Februar. Selbst bei Antzusehung auf dem Verhandlungswege war, nach dem Geheiß über die provisorische Intraffassung von Verträgen, immerhin erst noch der handelspolitische Ausbruch des Reichstages zu hören. Streikroßzeit sind nach wie vor die Weinzölle und die Verlängerungskrise für das Provisorium.

Baldwin spricht nicht über Moskau

Nachrichtendienst der „Wolffschen Zeitung“

14. Februar

Die englische Regierung hat die ihrer unbekommene Distanzierung ihres Verhältnisses zur Sowjetregierung im Parlament vorläufiglich dadurch abgemindert, daß Baldwin auf Anfrage eines konservativen Mitglieds heute im Unterhaus erklärte, er sei bereit, im Unterhaus Erklärungen abzugeben, er könne aber ein bestimmtes Datum für solche Erklärungen zurzeit nicht angeben. Gleichzeitig wird festgestellt, daß die Ausnahme über die Erzonebe heute ihr Ende findet und von der einigen Mitgliedern der konservativen Partei geplante Anhörung zur Erzonebe, der das Debattieren ausdrücklich sollte über die Nichterwartung hochschwarzhilflicher Intrachen und zu der entsprechenden Gegenmaßnahmen vorgezogen werden und sich dem englischen Regierung montiert wurden.

Im Unterhaus befragten sich verschiedene den Fragen, die wie immer der eigentlichen Debatte vorzuziehen, mit England Verhältnisse zu Sowjetrußland. Ein konservativer Abgeordneter stellte die Frage, ob die Regierung sich Hormand, daß sich eine zunehmende Beforgnis in der öffentlichen Meinung zeige, worauf die Antwort erfolgte: „Ja, die Regierung behält die Angelegenheit im Auge.“ Der Unterhaussprecher gibt zu, daß von Seiten Moskaus Verhöfe gegen die Handelsabmachungen vorgezogen werden und von der englischen Regierung montiert wurden.

Die Regierung sei mit der Ansicht, die Macht der Gewerkschaften zu verringern. Das Parlament erhebt ferner, daß diese Gewerkschaftsregierung nicht im Interesse der Nation liege. Der Präsident wurde in einer Rede vom zweiten Vorsitzenden der Arbeiterpartei, C. G. S. S., einbezogen, der erklärte, die Ansicht der Regierung sei, eine ungeheure Parlamentarismacht zur Durchföhrung einer gewerkschaftlichen Oefehgebungs zu benutzen. Das sei eine Herausforderung gegen den Arbeiterstand und liehe im Gegensatz zu der in der Erzonebe ausgesprochenen Forderung auf sozialen Frieden.

Da die Einzelheiten des neuen Regierungsentwurfs noch gar nicht bekannt sind, war auch der weitere Inhalt der Erzonebe prinzipiell unklar.

Dies war ein Anlaß für den liberalen Redner, Sir John Simon, der Labour Party vorzuziehen, daß sie den prinzipiellen Kampf gegen das Gesetz ungenügend habe, obwohl die Notwendigkeit einer Regelung aus der Generalstreik-Situation unbedingt vorhanden sei. Er erklärte, vom liberalen Standpunkt den Generalstreik als politisches Kampfmittel abzuhängen zu müssen. Der Liberalismus könne außerparlamentarische Regierungsfaktoren nicht dulden, ganz gleich, ob diese Gewerkschaften oder Grundbesitzerverbände oder Unternehmervereinigungen seien. Er schloß seine Rede mit der Feststellung, daß eine Reform des Gewerkschaftsrechtes notwendig sei, und daß der parlamentarische Kampf erst einsehen solle, wie die Gewerkschaften mit den Einzelbestimmungen verfahren.

Der nächste Redner der Arbeiterpartei, Sir George Gosnell, erklärte, daß das gegenwärtige Gewerkschaftsrecht völlig ausreißend sei für die Ausnutzung von Einzelinteressen zwischen Unternehmern und Arbeitern, und daß es auch genügend Schutz gegen Unrecht von Streikposten biete. Die Industrieverbände hätten eine mächtigere ökonomische Kampfmittel gegen die Arbeiter als die Gewerkschaften.

Von Anton Erckens, Mitglied des Reichstages

Als die Bildung des Reichstages im Reichstage nur ein Schritt von tatsächlicher, vom vorübergehender Bedeutung? Will das Zentrum damit nur die Sozialdemokratie bestrafen, weil sie die Liebesfeier des Militärjubiläumens zum Gegenstande macht? Will Stresemann nur die Deutschfranzosen auf den Boden der Verfallungspolitik, damit er dem Auslande eine deutsche Einzelaktion zeigen kann? Will das Zentrum dem Schicksalige unter Soch bringen, am dann wieder „links“ zu reuert? Soll der Zolltarif irgend gemacht werden, damit die agrarischen „Belange“ von der Rechtsopposition dauern gesichert werden? Serr von Gutwacht hat im Reichstage die jegliche Schwermut des Zentrums als eine rein latidige bezeichnet und hat durch eine Kompromißföhrung von Schmelzstein an die Sozialdemokratie seine Bemertung unterföhrt.

Politische Vorgänge haben ihr eigenes Schweregewicht. In ihren Auswirkungen richten sie sich keineswegs immer nach dem, was ihre Urheber oder Mitwirkende wollen oder denken. Schicksale, die als latidig empfunden werden, können sich oft nach Jahren als Entschädigungen höchst fruchtbarer Art. Der Kampf um den Zweimarkt-Einzelfuß im Jahre 1876 eröffnete die schußigsteitliche Meta in Deutschland, vielleicht fast in Europa, und wenn man will, kann man von dieser Zeit ab sogar den Beginn der deutschen Reichsgeschichte am gründlichsten verüßt wurde. Studien, der mirtschafflichen, geistigen und gesellschaftlichen Reaktion hietere, die erst auf den Schicksalsfeldern des Weltkrieges ihre Gnde fand.

In ganz Europa dringt die Reaktion vor. Die Aufschwung der Geister, die der Weltkrieg mit seinem Meer von Blut gebracht hatte, hat lange begonnen abzuebben. Sie erstarkte am wenigsten in England, am meisten die Reakter des Weltkrieges. Das Land, das am meisten geliegt hat, die Vereinigten Staaten, wurde von der Aufschwung der Geister am wenigsten erfasst. Das Land, das am ausgeprägtesten den Krieg verloren hat, haben gesellschaftliches Gefühle am gründlichsten verüßt wurde, Studien, der mirtschafflichen, geistigen und gesellschaftlichen Reaktion hietere, die erst auf den Schicksalsfeldern des Weltkrieges ihre Gnde fand. In ganz Europa dringt die Reaktion vor. Die Aufschwung der Geister, die der Weltkrieg mit seinem Meer von Blut gebracht hatte, hat lange begonnen abzuebben. Sie erstarkte am wenigsten in England, am meisten die Reakter des Weltkrieges. Das Land, das am meisten geliegt hat, die Vereinigten Staaten, wurde von der Aufschwung der Geister am wenigsten erfasst. Das Land, das am ausgeprägtesten den Krieg verloren hat, haben gesellschaftliches Gefühle am gründlichsten verüßt wurde, Studien, der mirtschafflichen, geistigen und gesellschaftlichen Reaktion hietere, die erst auf den Schicksalsfeldern des Weltkrieges ihre Gnde fand.

Das formelle Ergebnis der deutschen Revolution — die Weimarer Republik — ist geföhrt, und wahrheitlich wird seine Reaktion an diesem Ergebnis überher. Der Weg der Sicherung und Festigung der deutschen Republik führt über folgende Etappen: 1. Die Etappe der Angst, als die werden des alten Systems im Seidenalter lösen, die Weimarer Demokratie arbeiten ließen und dabei gelegentlich schmerzhaft-gelebene Rede hielten. 2. Die Etappe der äußeren (Kapp-Soch), als man glaubte, mit ein paar Verträgen in Deutschland die Macht erobern zu können. 3. Die Etappe der organisierten Gegenrevolution, die im Widerwart der Justiz und Publizistik die Machtverhältnisse wenden wollte. 4. Die Etappe der Revolution, die nach dem Ausbruch und der Verfallung der Weimarer Demokratie der Regierungserklärung am 28. November 1923. 4. Die Etappe der Verewaltung vom Erbarbeiterprozess bis am Vorkamfball. 5. Das Ende der Weimarer Demokratie im Streik um die Fünfjahresplanung. Aus jedem dieser Kämpfe ging die Re-